Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden 5025 Haben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Für Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, wie es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Nachlieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rückzahlung der Zeitung.

Bezugspreis monatlich 1.95 M., ausschließlich 45 Pf. Zustellgebühr, unserem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., zusammen 3.90 M. zuzüglich Post- bzw. Zustellgebühr. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerstraße 18. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerstraße 18. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareillezeile 36 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 250 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4 Proz. Rabatt. Für Briefmieter 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 168 | Dresden, Dienstag, den 22. Juli 1930 | 41. Jahrgang

Wähler, Wählerinnen der deutschen Republik!

Der Bürgerblock hat seine Diktatur aufgerichtet!

Das Kabinett Brüning regiert mit dem Artikel 48!

Zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie, Arbeit und Kapital, Demokratie und Diktatur ist am 14. September die Entscheidung!

Es ist nicht wahr, daß der Reichstag versagt hat. Die Regierung Brüning hat versagt. Ihr einziges Bestreben war darauf gerichtet, die Sozialdemokratie, die politische Vertretung der Arbeiterklasse, auszuschalten und mit den Großindustriellen und den Großgrundbesitzern zu regieren. Nun ist sie gescheitert!

Millionen Menschen sind arbeitslos, andere Millionen in ihrer Existenz bedroht. Die Wirtschaftskrise, in die fast alle Länder der Welt hineingerissen sind, fordert immer neue Opfer. Diese Krise ist das Ergebnis der kapitalistischen Anarchie, nicht des Young-Planes. Sie trifft die Länder der Sieger wie der Besiegten.

Schwere Lasten für alle Volksschichten sind zur Linderung der Not, zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und zur Gesundung der Reichsfinanzen erforderlich. Die Regierung Brüning wollte die Reichen und Leistungsfähigen verschonen und die Lasten den Armen und Schwachen auferlegen. Sie wollte die Bezüge der Arbeitslosen, der Kranken, der ehemaligen Kriegsteilnehmer, der Invaliden und Wöchnerinnen verkürzen und neben anderen ungerechten Lasten eine Kopfsteuer verhängen, die allen Grundsätzen steuerlicher Gerechtigkeit widerspricht und bisher nur Kolonialländern aufgezwungen wurde.

Die Sozialdemokratie weiß, daß ohne Opfer der Allgemeinheit den Millionen Arbeitsloser keine Arbeit verschafft, die Existenz der Arbeitenden nicht geschützt werden kann. Sie hielt es daher für ihre Pflicht, nach Heranziehung der Leistungsfähigsten auch die in ihrer Existenz gesicherten Volkskreise zu belasten.

Ihre Versuche einer gerechten Lösung sind gescheitert. Denn auch in diesem Reichstag standen nur 152 Sozialdemokraten 340 Abgeordneten anderer Parteien gegenüber, und die Regierung Brüning wollte gegen die Sozialdemokratie und mit der Rechten regieren, wie es der Reichspräsident befohlen hatte.

Unter dem Kabinett Hermann Müller ist es der Sozialdemokratie gelungen, gefährliche Anschläge der Reaktion zurückzuweisen und wertvolle Zugeständnisse für die Arbeiterklasse zu erzielen. Damals konnten die Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung abgewehrt, Löhne und Gehälter geschützt werden. Als Ende 1928 die rheinischen Großindustriellen eine Viertelmillion Arbeiter aussperrten, um die Löhne zu senken, wurden die Ausgesperrten aus Reichsmitteln unterstützt, und der Angriff wurde abgeschlagen.

Die Regierung Brüning dagegen hat im Mai 1930 durch den Schiedsspruch von Oeynhausen einer Lohnkürzung zugestimmt und damit das Signal zu einer allgemeinen Kürzung der Löhne und Gehälter gegeben, ohne das Versprechen der Preissenkung einlösen zu können, weil sie Kartelle und Truste unbehelligt ließ. Es folgte die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung, die Verkürzung der Zuschüsse für Invaliden und Wöchnerinnen, die unter der Regierung Müller erhöht worden waren.

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen diese soziale Reaktion ist nicht nur ein Kampf um das Recht des Parlaments, sondern auch ein Kampf um das Recht des Volkes.

Dieses Recht des Volkes wollen auch die Nationalsozialisten, die erklärten Anhänger der Diktatur, vernichten. Sie wollen die brutale Gewalt mit Messer und Revolver zum staatlichen System erheben. Dabei leisten ihnen die Kommunisten durch ihre Kampfmethoden wie durch die Zersplitterung der Arbeiterschaft wertvolle Dienste.

Wähler und Wählerinnen, nicht die Diktatur soll regieren, sondern die Demokratie. Das Kapital will herrschen durch Diktatur. Demokratie aber ist Herrschaft des arbeitenden Volkes. Ohne Demokratie kein sozialer Fortschritt, keine Gesundung der Wirtschaft, keine Beseitigung von Not und Elend!

Wähler und Wählerinnen, setzt euch zur Wehr gegen den Bürgerblock und seine Helfer!

Gegen die Regierung Brüning, die mit dem Großkapital verbrüdert ist, und die die Rechte der Arbeiterklasse niederschlagen will!

Vorwärts zum Kampf für Demokratie und Sozialismus, für das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie!

Berlin, 19. Juli 1930.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Parteien werden gekauft

Korruptionsfonds für Abgeordnete und Unternehmersöldlinge

D. Die Industrie, die angeblich auf dem letzten Loch pfeift, hat den kommenden Wahlkampf von langer Hand finanziert. Das beweist ein Rundschreiben, das der Reichsverband der deutschen Industrie vor Monaten versandte. Das Rundschreiben macht es den einzelnen Fachverbänden zur „moralischen Pflicht", von ihren Mitgliedern einen Durchschnittssatz von 1 Mark für jeden beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu erheben. Die Einzahlungen müssen bis zum 1. August 1930 erfolgt sein.

Bedenkt man, daß die deutsche Industrie restlos über ihre Fachverbände im Reichsverband der deutschen Industrie organisiert ist, die Großkonzerne in Deutschland, wie Siemens, die Vereinigten Stahlwerke oder der Farbentrust, 100 000 bis 200 000 Mann beschäftigen und wir in Deutschland rund 20 Millionen Arbeiter und Angestellte haben, so ergibt sich, welche Summen bei dem Reichsverband der deutschen Industrie bis zum 1. August 1930 zusammenfließen werden. Man will diese Gelder in einem besonderen Fonds vereinigen mit dem ausgesprochenen Zweck, denjenigen Parteien Wahlsubventionen zu geben, die nach der Pfeife der Industriellen tanzen. In Betracht kommen sämtliche Parteien von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten.

Es handelt sich bei den Plänen der Industrie um die Verwirklichung von Projekten, die auf sämtlichen industriellen Tagungen der letzten Zeit erörtert wurden. Der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie Duisberg hat ihnen wohl in einer Kundgebung des Reichsverbandes am besten Ausdruck gegeben, indem er die Mitglieder des Reichsverbandes aufforderte, dem politischen Leben nicht passiv gegenüberzustehen, sondern in die Parlamente der Gemeinden, der Länder und des Reiches hineinzugehen. Deshalb der Wahl- oder besser gesagt der Korruptionsfonds.

Streik- und Aussperrungskassen bestehen in der deutschen Industrie von jeher. In den meisten Fällen wird ein Beitrag von 3 bis 5 M. pro Kopf der Belegschaft erhoben. Einzelne Unternehmen und Institute haben auch schon politische Subventionen gegeben. Hier sei nur an das Osteibische Kohlensyndikat erinnert, das während der letzten Reichstagswahl an bürgerliche Parteien, auch an die Nationalsozialisten, Wahlgelder verteilte. Beim Reichsverband der deutschen Industrie wurde bereits im Jahre 1921 ein Fonds eingerichtet, für den nach der Stabilisierung der Mark im Jahre 1925, eine Nachzahlung angefordert und geleistet wurde. In dem oben erwähnten Rundschreiben sagt der Reichsverband zu der damaligen Nachzahlung, daß es „durch diese außeretatmäßigen Mittel möglich gewesen sei, in manche für die Industrie wichtige Angelegenheit tatkräftig einzugreifen und Erfolge zu erzielen." Wir wissen, wie es um das „tatkräftige Eingreifen und um die „für die Industrie wichtigen Angelegenheiten" steht. Aus dem Wahlfonds erhalten nur solche Parteien Unterstützung, die den Protektionskindern des Reichsverbandes sichere Stellen auf ihren Parteilisten einräumen. Daß diese Protektionskinder wissen, was sie ihren Geldgebern schuldig sind, haben sie ja im Reichstag durch ihren Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung durch die Verschlechterung der Krankenfürsorge und die Abwälzung der Steuerlasten auf die breiten Massen bewiesen. Was die Industrie für Wahlzwecke zahlt, holt sie durch die Tätigkeit ihrer Vertreter in den Parlamenten doppelt und dreifach heraus.

Das System der Wahlsubventionen hat sich für das deutsche Unternehmertum bewährt. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn es für den kommenden Wahlkampf seine Subventionen vervielfacht und Millionen und aber Millionen für die Agitation der bürgerlichen Parteien zur Verfügung stellt.

•

Hindenburg als Schachfigur

Auf welche Seite wird sich der Stahlhelm während des bevorstehenden Wahlkampfes schlagen? Die rechtsstehende Deutsche Allgemeine Zeitung antwortet auf diese Frage:

„Das ritterliche Eintreten des Reichspräsidenten verpflichtet den Stahlhelm. Nach dem Ausscheiden des Reichslandbundes und etwa der Hälfte der früheren Deutschnationalen Partei aus dem Zweckverband „Reichsausschuß für das Volksbegehren" ist dort auch für den Stahlhelm kein Platz mehr, wenn er nicht seine Anhänger unfreiwillig in Adolf Hitlers Arme treiben will."

Man fragt sich nach diesen Ausführungen unwillkürlich, ob der Brief des Reichspräsidenten an den preußischen Ministerpräsidenten nicht auch mit unter dem Gesichtspunkt geschrieben wurde, die Verbindung zwischen Hugenberg und dem Stahlhelm zu erschüttern und den deutschnationalen Splittern von vornherein die Wahlhilfe des Stahlhelms sichern zu helfen. Darauf läßt auch eine Polemik zwischen einem Teil der Hugenberg-Presse und der Stahlhelmkorrespondenz über die bei der Aufhebung des Verbots von dem Stahlhelm eingegangenen Bedingungen schließen. Seit Treviranus, der Vertrauensmann im letzten Reichstag, Minister ist und dadurch fast tagtäglich die Möglichkeit der Beeinflussung des Reichspräsidenten besitzt, sind im Reichspräsidentenpalais zahlreiche Maßnahmen zustande gekommen, die ausschließlich mit dem Ziel erfolgten, die Hugenberg-Front zu